

SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR

F. 2007 — 1190

[C — 2007/00198]

**19 MARS 2004. — Arrêté royal
réglementant le traitement de substitution
Traduction allemande**

Le texte qui suit constitue la version coordonnée officielle en langue allemande de l'arrêté royal du 19 mars 2004 réglementant le traitement de substitution (*Moniteur belge* du 30 avril 2004), telle qu'il a été modifié par :

l'arrêté royal du 6 octobre 2006 modifiant l'arrêté royal du 19 mars 2004 réglementant le traitement de substitution (*Moniteur belge* du 21 novembre 2006).

Cette version coordonnée officielle en langue allemande a été établie par le Service central de traduction allemande auprès du Commissariat d'arrondissement adjoint à Malmedy.

FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN

N. 2007 — 1190

[C — 2007/00198]

**19 MAART 2004. — Koninklijk besluit
tot reglementering van de behandeling met vervangingsmiddelen
Duitse vertaling**

De hierna volgende tekst is de officiële gecoördineerde Duitse versie van het koninklijk besluit van 19 maart 2004 tot reglementering van de behandeling met vervangingsmiddelen (*Belgisch Staatsblad* van 30 april 2004), zoals het werd gewijzigd bij :

het koninklijk besluit van 6 oktober 2006 tot wijziging van het koninklijk besluit van 19 maart 2004 tot reglementering van de behandeling met vervangingsmiddelen (*Belgisch Staatsblad* van 21 november 2006).

Deze officiële gecoördineerde Duitse versie is opgemaakt door de Centrale dienst voor Duitse vertaling bij het Adjunct-arrondissementscommissariaat in Malmedy.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST INNERES

D. 2007 — 1190

[C — 2007/00198]

19. MÄRZ 2004 — Königlicher Erlass zur Regelung der Substitutionsbehandlung — Deutsche Übersetzung

Der folgende Text bildet die inoffizielle koordinierte deutsche Fassung des Königlichen Erlasses vom 19. März 2004, so wie er abgeändert worden ist durch:

den Königlichen Erlass vom 6. Oktober 2006 zur Abänderung des Königlichen Erlasses vom 19. März 2004 zur Regelung der Substitutionsbehandlung.

Diese inoffizielle koordinierte deutsche Fassung ist von der Zentralen Dienststelle für Deutsche Übersetzungen beim Beigeordneten Bezirkskommissariat in Malmedy erstellt worden.

**FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST VOLKSGESUNDHEIT,
SICHERHEIT DER NAHRUNGSMITTELKETTE UND UMWELT**

19. MÄRZ 2004 — Königlicher Erlass zur Regelung der Substitutionsbehandlung

KAPITEL 1 — *Begriffsbestimmungen*

Artikel 1 - [Für die Anwendung des vorliegenden Erlasses ist zu verstehen unter:

— Minister: der für die Volksgesundheit zuständige Minister,

— medizinischer Kommission: die medizinische Kommission im Sinne von Artikel 36 und Artikel 37 des Königlichen Erlasses Nr. 78 vom 10. November 1967 über die Ausübung der Gesundheitspflegeberufe.]

[Art. 1 ersetzt durch Art. 1 des K.E. vom 6. Oktober 2006 (B.S. vom 21. November 2006)]

KAPITEL 2 — *Teilnahmebedingungen und Registrierung der Ärzte*

Art. 2 - [§ 1 - Jeder Arzt, der Substitutionsbehandlungen verschreibt, muss:

1. Substitutionsmittel entsprechend den geltenden wissenschaftlichen Empfehlungen verschreiben,

2. für die psychosoziale Begleitung des Patienten sorgen,

3. in der medizinischen Akte des Patienten dessen Merkmale, Entwicklung und Betreuung, die verschriebene Behandlung, die Dosierung, die Abgabe- und Verabreichungsweisen sowie die multidisziplinären oder fachlichen Gutachten, die gegebenenfalls beantragt und abgegeben worden sind, vermerken.

§ 2 - Jeder Arzt, der gleichzeitig mehr als zwei Patienten Substitutionsbehandlungen verschreibt, muss darüber hinaus während oder nach seiner Ausbildung an einer spezifischen Ausbildung für die Betreuung von Drogenkonsumenten durch die Behandlung mit Substitutionsmitteln teilgenommen haben oder ab In-Kraft-Treten des vorliegenden Erlasses über Fachkompetenz in diesem Bereich verfügen.

Unter spezifischer Ausbildung für die Betreuung von Drogenkonsumenten durch die Behandlung mit Substitutionsmitteln ist eine Ausbildung in diesem Bereich zu verstehen, die von wissenschaftlichen Vereinigungen von Hausärzten beziehungsweise Fachärzten, von einem Aufnahmezentrum, von einem Netzwerk für die Betreuung von Drogenkonsumenten, von einem Fachzentrum oder von einer Universität organisiert wird.

Unter Fachkompetenz ist die Weiterbildung, die Kenntnis der Pharmakologie und wissenschaftlichen Publikationen und die Erfahrung bei Substitutionsbehandlungen zu verstehen.

Jeder Arzt, der gleichzeitig mehr als zwei Patienten Substitutionsbehandlungen verschreibt, muss den Nachweis erbringen, dass er an einer Weiterbildung teilnimmt, wissenschaftliche Artikel über dieses Sachgebiet liest und an den Tätigkeiten eines Aufnahmezentrums, eines Netzwerks für die Betreuung von Drogenkonsumenten oder eines Fachzentrums teilnimmt.

Jeder Arzt, der gleichzeitig mehr als zwei Patienten Substitutionsbehandlungen verschreibt, muss bei einem zugelassenen Aufnahmezentrum, bei einem zugelassenen Netzwerk für die Betreuung von Drogenkonsumenten oder bei einem zugelassenen Fachzentrum registriert sein. Das Aufnahmezentrum, das Netzwerk für die Betreuung von Drogenkonsumenten oder das Fachzentrum übermittelt diese Registrierung unverzüglich dem Belgischen Institut für Pharmakoepidemiologie (BIPhE), das sie anschließend unverzüglich der Generaldirektion Arzneimittel des Föderalen Öffentlichen Dienstes Volksgesundheit und der zuständigen medizinischen Kommission übermittelt.]

[Art. 2 ersetzt durch Art. 2 des K.E. vom 6. Oktober 2006 (B.S. vom 21. November 2006)]

KAPITEL 3 — [Zulassungskriterien für die Aufnahmezentren und die Netzwerke für die Betreuung von Drogenkonsumenten]

[Überschrift von Kapitel 3 ersetzt durch Art. 3 des K.E. vom 6. Oktober 2006 (B.S. vom 21. November 2006)]

Art. 3 - [§ 1 - Als Aufnahmezentrum für Drogenabhängige im Sinne von Artikel 6 Absatz 2 Nr. 2 des Königlichen Erlasses vom 10. Oktober 1986 angesehen wird ein Zentrum, das mindestens zwei Hausärzte, von denen einer die in Artikel 2 § 2 erwähnten Bedingungen erfüllt, einen Psychiater oder einen Psychologen und einen Sozialarbeiter umfasst, die alle Erfahrung in der Betreuung von Drogenkonsumenten haben.

Auf einen vom Aufnahmezentrum eingereichten Antrag hin wird das Zentrum gemäß den vom Minister gebilligten Regeln für die Aufgaben, die ihm durch vorliegenden Erlass anvertraut sind, und nach Stellungnahme der zuständigen medizinischen Kommission für höchstens fünf Jahre zugelassen.

Gibt es in einer Provinz kein Aufnahmezentrum, kann das Zentrum einer anderen Provinz die Aufgaben wahrnehmen, die ihm durch vorliegenden Erlass anvertraut sind.

§ 2 - Ein Netzwerk für die Betreuung von Drogenkonsumenten ist eine juristische Person, die sich unter anderem aus Ärzten zusammensetzt und Sorge trägt:

— für die psychosoziale Betreuung und die Qualität der Pflegeleistungen, die zugunsten der im Netzwerk behandelten Drogenkonsumenten erbracht werden, und

— für die Weiterbildung und Intervention der Berufsfachkräfte im Gesundheitswesen des Netzwerks.

Auf einen vom Netzwerk für die Betreuung von Drogenkonsumenten eingereichten Antrag hin wird das Netzwerk gemäß den vom Minister gebilligten Regeln für die Aufgaben, die ihm durch vorliegenden Erlass anvertraut sind, und nach Stellungnahme der zuständigen medizinischen Kommission für höchstens fünf Jahre zugelassen.

Gibt es in einer Provinz kein Netzwerk für die Betreuung von Drogenkonsumenten, kann das Netzwerk einer anderen Provinz die Aufgaben wahrnehmen, die ihm durch vorliegenden Erlass anvertraut sind.

§ 3 - Als Fachzentren angesehen werden: Pflegeeinrichtungen, die von der zuständigen Behörde für die Durchführung der Substitutionsbehandlungen zugelassen sind, Krankenhäuser und spezialisierte Krankenhausdienste, die regelmäßig Drogenkonsumenten betreuen.]

[Art. 3 ersetzt durch Art. 4 des K.E. vom 6. Oktober 2006 (B.S. vom 21. November 2006)]

KAPITEL 4 — Substitutionsmittel

Art. 4 - Substitutionsmittel sind:

— Methadon,

— Buprenorphin.

KAPITEL 5 — Abgabe und Verabreichung des Substitutionsmittels

Art. 5 - [Substitutionsmittel werden von einem Offizinapotheker oder von jeglicher Person, die vom König ermächtigt ist, Arzneimittel aufgrund von Artikel 4 § 2 Nr. 6 des Königlichen Erlasses Nr. 78 vom 10. November 1967 über die Ausübung der Gesundheitspflegeberufe abzugeben, und dies in einer Packung mit kindergesichertem Verschluss. Substitutionsmittel in flüssiger Form werden in Tagesdosen verpackt.

Aufnahmezentren und Fachzentren können größere Packungen in kleinere Packungen nach Tagesdosen und pro Patient aufteilen, ohne die Eigenschaften des Substitutionsmittels zu ändern.]

[Art. 5 ersetzt durch Art. 6 des K.E. vom 6. Oktober 2006 (B.S. vom 21. November 2006)]

Art. 6 - [Das Substitutionsmittel wird unter Achtung der Intimsphäre des Patienten an den Patienten selbst abgegeben und ihm täglich oral verabreicht:

— entweder, wenn möglich, in einem Teil der Apotheke, der für die Öffentlichkeit nicht einsehbar ist, in Anwesenheit des Apothekers, der das Substitutionsmittel abgibt, oder einer anderen Person, die unter der Verantwortung des Apothekers handelt,

— oder in einem Aufnahmezentrum oder Fachzentrum in Anwesenheit des verschreibenden Arztes oder einer anderen Person, die unter der Verantwortung des Arztes handelt.]

[Art. 6 ersetzt durch Art. 7 des K.E. vom 6. Oktober 2006 (B.S. vom 21. November 2006)]

Art. 7 - In Abweichung von den Bestimmungen von Artikel 6 kann der verschreibende Arzt andere Regeln für [die Abgabe oder] die Verabreichung des Arzneimittels festlegen, wenn die medizinische oder psychosoziale Lage des Patienten dies rechtfertigen.

[In allen Fällen werden die Abgabe- und Verabreichungsweisen auf der Verschreibung und in der medizinischen Akte des Patienten vermerkt.]

[Art. 7 Abs. 1 abgeändert durch Art. 8 Nr. 1 des K.E. vom 6. Oktober 2006 (B.S. vom 21. November 2006); Abs. 2 eingefügt durch Art. 8 Nr. 2 des K.E. vom 6. Oktober 2006 (B.S. vom 21. November 2006)]

Art. 8 - Wenn der Patient die Bedingungen bezüglich Abgabe und Verabreichung, die in Artikel 6 festgelegt sind oder vom verschreibenden Arzt aufgrund von Artikel 7 bestimmt werden, nicht einhält, benachrichtigt die Person, die das Substitutionsmittel abgibt oder verabreicht, unverzüglich den verschreibenden Arzt.

KAPITEL 6 — Registrierung der Substitutionsbehandlungen

Art. 9 - [Die der Öffentlichkeit zugänglichen Apotheken übermitteln alle Daten der Verschreibung in Bezug auf die Substitutionsbehandlungen den Tariffestsetzungsämtern, die aufgrund des Königlichen Erlasses vom 15. Juni 2001 zur Festlegung der Zulassungskriterien für die Tariffestsetzungsämter zugelassen sind.

Der Minister bestimmt unter den Tariffestsetzungsämtern ein Zentralamt. Dieses Amt wird mit der Verarbeitung der Daten von Verschreibungen für Patienten beauftragt, die nicht durch die Gesundheitspflege- und Entschädigungspflichtversicherung gedeckt sind.

Die Daten der Verschreibungen, die aus den Aufnahmezentren und Fachzentren, die Substitutionsbehandlungen anbieten, stammen, werden dem Zentralamt übermittelt entsprechend dem Muster der von den Tariffestsetzungsämtern gesammelten Verschreibungen.

Die Tariffestsetzungsämter verschlüsseln die Daten der Patienten, so dass diese nicht unmittelbar identifiziert werden können. Diese verschlüsselten Daten werden anschließend dem BIPhE übermittelt.

Wenn das BIPhE feststellt, dass ein identischer Patientencode bei verschiedenen Ärzten vorkommt, warnt es unverzüglich diese Ärzte und übermittelt ihnen die Nummer der Verschreibung sowie Name und Telefonnummer des Apothekers, der ihre Verschreibung ausgeführt hat, damit der Apotheker den Namen des Patienten bekannt gibt.

Das BIPhE setzt ebenfalls die zuständige provinzielle medizinische Kommission über die Ergebnisse der Warnung in Kenntnis, und zwar gemäß den Bestimmungen von Artikel 10 des vorliegenden Erlasses.

Die verschlüsselten Daten werden vom BIPhE ebenfalls für epidemiologische Untersuchungen zur Förderung und zum Schutz der Volksgesundheit verwendet, und zwar gemäß den Bestimmungen von Artikel 10 des vorliegenden Erlasses.

Ein Jahreshaushaltsbetrag von 48.000 EUR für die im vorliegenden Erlass beschriebenen Aufgaben wird gemäß den vom Minister gebilligten Regeln unter alle Tariffestsetzungsämter aufgeteilt. Dieser Haushaltsbetrag geht zu Lasten des Landesinstituts für Kranken- und Invalidenversicherung (LIKIV). Ein zusätzlicher Betrag wird für das Zentralamt vorgesehen. Dieser Betrag geht zu Lasten des BIPhE.

Ein Jahreshaushaltsbetrag von 375.000 EUR ist für das Schließen von Abkommen mit dem BIPhE vorbehalten. 200.000 EUR gehen zu Lasten des Föderalen Öffentlichen Dienstes Volksgesundheit. 175.000 EUR gehen zu Lasten des LIKIV.]

[Art. 9 ersetzt durch Art. 10 des K.E. vom 6. Oktober 2006 (B.S. vom 21. November 2006)]

Art. 10 - [Die Daten, die technischen und epidemiologischen Aspekte, die Datenregistrierungs- und -übermittlungsprotokolle und das Warnverfahren werden vom Minister auf Vorschlag eines von ihm gegründeten technischen Büros und nach Stellungnahme des Ausschusses für den Schutz des Privatlebens bestimmt.]

[Art. 10 ersetzt durch Art. 11 des K.E. vom 6. Oktober 2006 (B.S. vom 21. November 2006)]

KAPITEL 7 — [Zusätzliche Modalitäten für die Behandlung]

[Überschrift von Kapitel 7 ersetzt durch Art. 12 des K.E. vom 6. Oktober 2006 (B.S. vom 21. November 2006)]

Art. 11 - [Ein Arzt darf nicht mehr als 120 verschiedene Patienten gleichzeitig im Rahmen einer Substitutionsbehandlung betreuen.]

Diese Bestimmung gilt nicht für die Ärzte, die Substitutionsbehandlungen in einem Aufnahmezentrum oder Fachzentrum verschreiben.]

[Art. 11 ersetzt durch Art. 13 des K.E. vom 6. Oktober 2006 (B.S. vom 21. November 2006)]

Art. 12 - [Das Aufnahmezentrum, das Netzwerk für die Betreuung von Drogenkonsumenten oder das Fachzentrum kann auf eigene Initiative mit dem bei ihm registrierten Arzt Kontakt aufnehmen, unter anderem was die soziale Wiedereingliederung des Patienten, die Risiken im Zusammenhang mit der Einnahme anderer Arzneimittel, psychotroper Stoffe oder Betäubungsmittel und die Arbeitslast in Zusammenhang mit der von ihm betreuten Anzahl Patienten betrifft.]

[Art. 12 ersetzt durch Art. 14 des K.E. vom 6. Oktober 2006 (B.S. vom 21. November 2006)]

Art. 13 - [Außer im Dringlichkeitsfall unterliegt die Betreuung eines Patienten, dessen Wohnort sich außerhalb des belgischen Staatsgebietes befindet, der Bedingung, dass der medizinischen Akte eine Bescheinigung des zuständigen Zentrums oder des zuständigen Netzwerks des Wohnsitzstaates des Patienten beiliegt, aus der hervorgeht, dass der Patient dieses Zentrum oder Netzwerk tatsächlich konsultiert hat.]

[Art. 13 ersetzt durch Art. 15 des K.E. vom 6. Oktober 2006 (B.S. vom 21. November 2006)]

Art. 14 - [Von den Artikeln 2, 3, 9 und 11 kann für die strukturierten Dienste, die inhaftierte Drogenkonsumenten aufnehmen und vom Minister der Justiz organisiert werden und zugelassen sind, abgewichen werden.]

[Art. 14 ersetzt durch Art. 16 des K.E. vom 6. Oktober 2006 (B.S. vom 21. November 2006)]

KAPITEL 8 — *Abänderung des Königlichen Erlasses vom 31. Mai 1885 zur Billigung der neuen Anweisungen für Ärzte, Apotheker und Drogisten*

Art. 15 - (*Abänderungsbestimmungen*)

Art. 16 - (*Abänderungsbestimmungen*)

KAPITEL 9 — *Schlussbestimmungen*

Art. 17 - Unser für die Volksgesundheit zuständiger Minister ist mit der Ausführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR

F. 2007 — 1191

[C — 2007/00201]

2 MARS 2007. — Arrêté royal établissant la traduction officielle en langue allemande de dispositions légales modifiant la loi du 10 avril 1995 relative à la redistribution du travail dans le secteur public

ALBERT II, Roi des Belges,
A tous, présents et à venir, Salut.

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, notamment l'article 76, § 1^{er}, 1^o, et § 3, remplacé par la loi du 18 juillet 1990;

Vu le projet de traduction officielle en langue allemande des articles 62 et 71 de la loi du 10 juin 2006 portant réforme des carrières et de la rémunération du personnel des greffes et des secrétariats des parquets, établi par le Service central de traduction allemande auprès du Commissariat d'arrondissement adjoint à Malmedy;

Sur la proposition de Notre Ministre de l'Intérieur,

Nous avons arrêté et arrêtons :

Article 1^{er}. Le texte annexé au présent arrêté constitue la traduction officielle en langue allemande des articles 62 et 71 de la loi du 10 juin 2006 portant réforme des carrières et de la rémunération du personnel des greffes et des secrétariats des parquets.

FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN

N. 2007 — 1191

[C — 2007/00201]

2 MAART 2007. — Koninklijk besluit tot vaststelling van de officiële Duitse vertaling van wettelijke bepalingen tot wijziging van de wet van 10 april 1995 betreffende de herverdeling van de arbeid in de openbare sector

ALBERT II, Koning der Belgen,
Aan allen die nu zijn en hierna wezen zullen, Onze Groet.

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, inzonderheid op artikel 76, § 1, 1^o, en § 3, vervangen bij de wet van 18 juli 1990;

Gelet op het ontwerp van officiële Duitse vertaling van de artikelen 62 en 71 van de wet van 10 juni 2006 tot herziening van de loopbanen en de bezoldiging van het personeel van de griffies en de parketsecretariaten, opgemaakt door de Centrale dienst voor Duitse vertaling bij het Adjunct-arrondissementscommissariaat in Malmedy;

Op de voordracht van Onze Minister van Binnenlandse Zaken,

Hebben Wij besloten en besluiten Wij :

Artikel 1. De bij dit besluit gevoegde tekst is de officiële Duitse vertaling van de artikelen 62 en 71 van de wet van 10 juni 2006 tot herziening van de loopbanen en de bezoldiging van het personeel van de griffies en de parketsecretariaten.